Kopenhagen stets sympathische, freundnachbarliche Beziehungen bestanden, die auch auf das Verhältnis der beiden Völker zu einander mehr und mehr ihren Einfluß ausübten. Der neue König Christian X. wird, so hoffen wir zuverlässig, die deutsch-dänischen Beziehungen auch seinerseits zum Wohle beider Länder weiter pflegen. — Auch die „Kreuzzeitung" sagt: „Das deutsche Volk nimmt an der Trauer Dänemarks aufrichtigen Anteil in der Erinnerung daran, daß Frederic VIII. sich stets redlich bestrebt gezeigt hat, das Verhältnis zwischen beiden Nationen freundlicher zu gestalten."

Staatssekretär a. D. Wermuth zum Oberbürgermeister von Berlin gewählt.

Berlin. In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten erfolgte die Wahl des neuen Oberbürgermeisters. Es wurden 116 Stimmzettel abgegeben, darunter 42 weiße und ein ungültiger. Von den 73 gültigen Stimmzetteln entfielen 72 auf den Staatssekretär a. D. Wermuth, der somit gewählt ist.

Zum Londoner Botschafterwechsel.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Antwort der englischen Regierung auf die Anfrage, ob die Persönlichkeit des Freiherrn v. Marschall in London genehm wäre, ist, wie die „B. Z." erfährt, schon vor einigen Tagen eingegangen, und zwar ging sie direkt nach Karlsruhe. In der Antwort erklärte die englische Regierung ihr Einverständnis mit der Ernennung Marschalls zum deutschen Botschafter in London. Erst nachdem diese Einverständniserklärung der englischen Regierung mit der Persönlichkeit Marschalls eingelaufen war, vollzog der Kaiser die Ernennung Marschalls. Es geschah dies am vorigen Sonntag.

Aerzte und Krankenkassen.

Halle a. S. (Priv.-Tel.) Im Streit der Aerzte und Krankenkassen hob der Minister die Verfügung des Regierungspräsidenten auf, die die Krankenkassen angewiesen hatte, den Aerzten des Leipziger Verbandes 60 Prozent ihrer Honorarforderungen zu zahlen. Die Krankenkassen behaupten, ihre Mitglieder hätten infolge des Streiks der Aerzte des Leipziger Verbandes nun das Recht, die von den Kassen fest angestellten Aerzte (Streikbrecher) zu konsultieren.

Der verschollene Ballon „Salzburg" aufgefunden.

Wien. (Priv.-Tel.) Aus Linz wird gemeldet, daß heute im Totengebirge die Ueberreste des Ballons „Salzburg" und die Leiche des Oberleutnants Wilhelm Werner vom 14. Dragoner-Regiment aufgefunden wurden. Werner stieg bei schlechtem Wetter, das in Schneesturm ausartete, in Gegenwart des Erzherzogs Joseph am 26. Dezember vorigen Jahres hier auf und wurde seither vermißt.

Die italienische Wahlrechtsreform.

Rom. Die Deputiertenkammer hat heute bei der Beratung der Wahlreform in namentlicher Abstimmung mit 218 gegen 47 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen einen Antrag Mirabelli abgelehnt, den Frauen das Stimmrecht zu verleihen. Auch die Regierung wies den Antrag zurück.

Wieder zwei Flieger tot.

Paris. (Priv.-Tel.) In Etampes stürzte gestern der Flieger Kapitän Echeman aus einer Höhe von etwa 40 Metern ab und zerschmetterte sich den Schädel. Er starb kurze Zeit nach dem Unfall. In Abbeville ereilte dasselbe Mißgeschick den Flieger Beauvais, als er sein Flugzeug versuchen wollte. Er starb eine Viertelstunde nach dem Sturz.

Englische Sorgen wegen des deutschen Flottenprogramms.

London. Im Unterhause fragte der Liberale Godfrey Collins, ob der Marineminister Churchill den Extrabetrag nennen könne, der unter Berücksichtigung des neuen, im deutschen Reichstage beratenen Ergänzungsflottenetats während des laufenden Finanzjahres für Neubauten ausgegeben werden solle. Churchill erwiderte, die diesbezügliche Summe belaufe sich auf 342 466, wovon entsprechend dem Ergänzungsetat 98 847 für die Beschaffung von Luftschiffen und die Versuche mit ihnen bestimmt seien. Der Rest sei für Unterseeboote bestimmt. Collins fragte weiter, ob unter diesen Umständen ein Grund zur Annahme vorhanden sei, daß in diesem Jahre für England ein Ergänzungsetat erforderlich sei. Churchill erwiderte: „Jawohl, ich werde sicherlich einen Ergänzungsetat vorzulegen haben".

Ein Erpressung beraubt.

Neworleans. Banditen hielten den Newyorker Expreßzug in der Nähe von Harriesburg in Mississippi an, sprengten den Gepäckwagen mit Dynamit in die Luft und flüchteten zu Pferde mit einem Paket, worin sich 140 000 Dollar befanden. Die Reisenden wurden nicht belästigt. Berittene Schutzmannschaften haben die Verfolgung der Räuber aufgenommen

---

Berlin. Die zuerst von einem in französischer Sprache in Buenos Aires erscheinenden Blatte gebrachte Nachricht, daß die argentinische Regierung sich mit dem Plane einer neuen Anleihe von 100 Millionen Pesos Gold beschäftigen solle und dem im Juni zusammentretenden Kongreß zur Bewilligung vorlegen werde, entbehrt nach zuverlässigen Informationen jeder Begründung.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Schleppmonopolgesetz ist fertiggestellt, doch ist die Einbringung des Gesetzentwurfes im Landtage erst in der Herbsttagung in Aussicht genommen. Im ganzen ist der Kostenanschlag für die Einrichtung des staatlichen Schleppbetriebes auf 9 900 000 Mark angesetzt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Deutsche Musikalienverlegerverein zu Leipzig hat seine Satzungen dahin abgeändert, daß der Ausschluß aus dem Börsenverein deutscher Buchhändler und dem Verein deutscher Musikalienhändler auch den Verlust der Mitgliedschaft des Musikalienverlegervereins zur Folge hat. Dieser Ausschluß tritt besonders dann ein, wenn ein Mitglied sich mit der Veröffentlichung und Verbreitung von Schund- und Schmutzliteratur befaßt.

Paris. (Priv.-Tel.) Ministerpräsident Poincaré hatte den Wiener Botschafterposten Deschanel angeboten, der nach 24 Stunden Bedenkzeit ablehnte. Ministerpräsident Poincaré wird im August nach Petersburg fahren und den Besuch Ssasonows erwidern. Die Reise Poincarés nach Petersburg sollte schon früher stattfinden, wurde aber aufgeschoben, weil der Zar erst im August aus der Krim nach Petersburg zurückkehrt.

London. (Priv.-Tel.) Aus Cardiff liegen Nachrichten vor, nach denen die britische Admiralität auffallend große Kohlenankäufe vornimmt. Außer den Regierungsdampfern und den auf längere Zeit gecharterten Schiffen hat die Admiralität noch 15 Hilfsdampfer gemietet, um die Kohlen nach den Kohlenstationen bringen zu lassen. Für diesen Monat allein handelt es sich um mehr als 100 000 Tonnen Kohlen. Die Marinebehörde hat diese Maßnahmen getroffen, um bei einem etwaigen neuen Kohlenstreik nicht in Verlegenheit zu geraten und um die diesjährigen Flottenmanöver in einem bisher nicht üblichen Maßstabe abhalten zu können.

Petersburg. Der Reichsrat nahm in dritter Lesung die Gesetzesvorlage betreffend die Versorgung der Arbeiter in Krankheitsfällen und die Arbeiterversicherung bei Unglücksfällen, sowie die Vorlage über den Elementarunterricht an.

Konstantinopel. Der frühere Minister Halil wurde mit 168 gegen 12 Stimmen zum Präsidenten der Kammer gewählt.

Frankfurt. (Schluß abends.) Kredit 200½, Diskonto 185½, Dresdner Bank 154½, Staatsbahn 154½, Lombarden 16¾, ruhig.

Paris. (8 Uhr nachm.) 3 % Rente 93,95, Spanier 94,85, 4 % Türken unif. 908,0, Türkenlose 206,50, Lombarden 112, Ottomanbank 668, ruhig.

Paris. (Produktenmarkt.) Weizen per Mai 90,80, per September-Dezember 25,70, ruhig. — Rüböl per Mai 75,75, per September-Dezember 77,50, schwach. — Spiritus per Mai 63,75, per September-Dezember 58,75, ruhig.

London. (Müllermarkt.) Ausländischer Weizen träge, englischer Weizen ruhig. — Amerikanischer Mais kein Angebot. Donauer Mais träge, zur Abschwächung neigend. — Amerikanisches Mehl ruhig, englisches Mehl ruhig. — Gerste fest. — Weizen kaum steig.

Oertliches und Sächsisches.

— Der bisherige Abteilungsvorsteher an der Agrikultur-chemischen Versuchsstation Hohenheim Dr. phil. Fingerling ist zum Vorstand der Landwirtschaftlichen Versuchsstation zu Leipzig-Möckern ernannt und ihm der Titel Professor verliehen worden.

— Dem Oberlehrer Heyer in Pödelwitz ist anläßlich seines Uebertrittes in den Ruhestand das Verdienstkreuz verliehen worden.

— **Die Ueberführung der Leiche des verstorbenen Prinzen Heinrich XLIII. Reuß jüngere Linie** von Gera nach Schleiz erfolgt in der Nacht zum Freitag. In der Schloßkapelle findet die offizielle Einsegnungsfeier und im Anschluß hieran die Beisetzung in der Bergkapelle statt. Die Funeralien sind der hiesigen Beerdigungsgesellschaft „Pietät" übertragen worden.

— **Die zweite Deputation der Ersten Kammer** beantragt: Die Kammer wolle beschließen: bei Kap. 20, Direkte Steuern, nach der Vorlage a) die Einnahmen mit 76 079 300 Mk. zu genehmigen, b) die Ausgaben mit Ausnahme des bereits bewilligten Titels 36a mit 4 505 164 M., darunter 4000 Mk. künftig wegfallend, zu bewilligen, c) die Vorbehalte zu Tit. 9, 13, 36 und 37a zu genehmigen; den Antrag der Abgeordneten Keimling und Genossen, „die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach Einkommen bis zu 600 Mk. von der Staatseinkommensteuer befreit werden, ohne daß den in Betracht kommenden wahlberechtigten Personen das Wahlrecht zum Landtage dadurch genommen wird", abzulehnen.

— **Zum Scheitern der Einigung zwischen Konservativen und Nationalliberalen** schreiben die „Sächs. Politischen Nachrichten", die konservative Korrespondenz für das Königreich Sachsen: „Die von nationalliberaler Seite gegebene Darstellung über Verhandlungen zum Zwecke einer Einigung zwischen Konservativen und Nationalliberalen und über das Scheitern dieser Bestrebungen ist nicht ganz zutreffend. Es könnte nach der nationalliberalen Darstellung scheinen, als ob die konservative Fraktion, welche bei den Verhandlungen geleitet war von der Notwendigkeit einer energischen Bekämpfung der Sozialdemokratie im Lande, den Nationalliberalen irgendwelche ungerechtfertigte Bedingungen gestellt hätte. Ob dies der Fall ist, möge die Oeffentlichkeit entscheiden. Die drei wesentlichsten Punkte der konservativen Vorschläge waren folgende: Im nächsten ordentlichen Landtage wählt die konservative Fraktion den derzeitigen Präsidenten, Herrn Dr. Vogel, der der nationalliberalen Partei angehört, wieder und präsentiert den ersten Vizepräsidenten zur Wahl, dem die nationalliberale Partei ihrerseits ihre Stimmen geben wird. Im ersten ordentlichen Landtage nach den Neuwahlen zur Zweiten Kammer soll, falls die nationalliberale und konservative Fraktion zusammen die Mehrheit der Zweiten Kammer bilden, diejenige der beiden Fraktionen den ersten Präsidenten stellen, welche die stärkste ist, die andere den ersten Vizepräsidenten. Falls beide Fraktionen gleich stark sind, stellt den Präsidenten die nationalliberale Partei. Beide Fraktionen werden nach Kräften dahin wirken, daß in der Parteipresse die gegenseitige Bekämpfung von allem persönlichen Streit und allen persönlichen Angriffen frei bleibt und auf jeden Fall so geführt wird, daß ein Zusammengehen auf denjenigen Gebieten, auf denen die Anschauungen und Interessen der beiden Parteien sich berühren, nicht erschwert wird. Es ist auch nicht zutreffend, daß die Nationalliberalen das Abkommen „gleich mündlich" abgelehnt hätten. Die Unterhändler der nationalliberalen Fraktion, die allerdings bei der mündlichen Verhandlung vorwiegend Bedenken gegen die Vorschläge äußerten, ließen vielmehr die Entscheidung selbst noch offen, indem sie erklärten, daß die Angelegenheit erst in der Fraktion besprochen werden müsse. Eine sofortige Ablehnung der vorstehenden Vorschläge ist also nicht erfolgt."

— **Der Landesvorstand der Mittelstands-Vereinigung** im Königreich Sachsen tagte am 11. Mai in Dresden im Hotel zu den „Drei Raben". Die Mitglieder waren fast vollzählig erschienen. Der Vorsitzende, Ingenieur Theod. Fritsch-Leipzig, eröffnete die Verhandlungen und widmete dem leider allzu früh heimgegangenen Vorsitzenden des Reichsdeutschen Mittelstands-Verbandes, dem Architekten Felix Höhne in Leipzig, einen tiefempfundenen Nachruf. Die Anwesenden erhoben sich zum Gedächtnis des Verstorbenen von ihren Plätzen. Generalsekretär Ludwig Fahrenbach-Leipzig erstattete einen längeren Tätigkeitsbericht. Er gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß er diesmal nur über erfreuliche Dinge zu berichten habe. Eine besondere Freude sei es ihm, dem Landesvorstande mitteilen zu können, daß das seinerzeit von der Mittelstands-Vereinigung im Königreich Sachsen unternommene große Werk der Gründung des Reichsdeutschen Mittelstands-Verbandes sich sehr befriedigend entwickle. Heute könne mit gutem Gewissen gesagt werden, daß nach menschlichem Ermessen wahrscheinlich das Ziel erreicht werde, das auf dem ersten Reichsdeutschen Mittelstandstage in Dresden aufgerichtet worden sei. Die Mitgliederzahl steigt beständig. In den letzten Monaten sind der Mittelstands-Vereinigung 44 sächsische mittelständische Korporationen neu beigetreten. Nach Erstattung des Kassenberichts wurde eingehend über die Errichtung einer Zentral-Abrechnungsstelle für das Königreich Sachsen (Einziehungsamt) verhandelt. Bürgermeister Dr. Eberle-Rossen entwarf ein großzügiges Bild über die geplante neue Institution. Der Plan der Mittelstands-Vereinigung sei so umfassend und weitgreifend, daß die gegen ihn erhobenen Einwände sehr klein und geringfügig erschienen. Es handle sich in der Hauptsache darum, das schädliche Borg-Unwesen zu beschränken, den Mittelstand und das Publikum an geordnete kaufmännische Verhältnisse zu gewöhnen und jedem ordentlichen und strebsamen Angehörigen des selbständigen Mittelstandes Kredit zu einem angemessenen Zins zu verschaffen. Auch der kleine Mann, dessen Kreditwürdigkeit fest stehe, müsse in der Lage sein, zu ebenso günstigen Bedingungen Kredit zu erlangen, wie das Großunternehmertum. Alle Versammlungsteilnehmer waren der Meinung, daß das gewerbliche Mittelstandsproblem seiner Lösung um ein erhebliches Stück nähergebracht würde, wenn neben den Submissionsämtern die projektierten Abrechnungsstellen in der von der Mittelstands-Vereinigung beabsichtigten Weise tätig würden. Die Ausführungen Dr. Eberles fanden begeisterte Zustimmung. Auf Antrag des Generalsekretärs Fahrenbach wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Der Landesvorstand der Mittelstands-Vereinigung stimmt ohne Einschränkung allen Schritten zu, die bisher in der Frage der Bekämpfung des Borgunwesens unternommen wurden. Der Königl. Staatsregierung und den Ordnungsparteien des Landtages, sowie der Konferenz der sächsischen Gewerbekammern spricht er Dank und Anerkennung aus für das große Wohlwollen, mit dem sie diese für den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand so wichtige Angelegenheit gefördert haben."

Zur Gemeindesteuerreform wurde folgende Entschließung einstimmig gefaßt:

„In der Frage der Reform der sächsischen Gemeindesteuern schließt sich die Mittelstands-Vereinigung im Königreich Sachsen ohne Einschränkung den hierauf bezüglichen Beschlüssen der Sächsischen Gewerbekammer-Konferenz an, die durch eine Eingabe des derzeitigen Vorortes der sächsischen Gewerbekammern am 17. Februar der Zweiten Kammer zur Kenntnis gebracht worden sind. Ferner richtet die Mittelstands-Vereinigung an die hohe Ständeversammlung die dringende Bitte, den von einer Zufallsmehrheit der Gesetzgebungs-Deputation der Zweiten Kammer angenommenen Antrag, nach dem eine Umsatzsteuer auf Großbetriebe im Kleinhandel nicht erhoben werden darf, unter allen Umständen abzulehnen, da der selbständige Mittelstand in einer Annahme dieses Deputationsbeschlusses eine Unfreundlichkeit erblicken müßte. Die Mittelstands-Vereinigung spricht sich endlich gegen die Erhebung neuer Betriebssteuern auf Gast- und Schankwirtschaften, sowie von Kleinhandelsstätten mit Branntwein und Spiritus aus, weil durch die allgemeine Bewegung gegen den Alkohol Gast- und Schankwirtschaften in ihren Erträgnissen ganz erheblich beeinträchtigt worden sind und weil durch die Verbrauchsabgaben der Umsatz von Spiritus bei den kleinen Verkaufsstätten um etwa 35 % zurückgegangen ist, so daß bei einem großen Teile der Betriebe der Handel kaum noch als lohnend angesehen werden kann."

Zur Fortbildungsschulfrage wurde beschlossen:

„Die Mittelstands-Vereinigung im Königreich Sachsen richtet an die Ständeversammlung das Gesuch, daß in dem Entwurf eines Volksschulgesetzes ausdrücklich hervorgehoben werden möge: 1. Es ist anzustreben, daß alle Lehrlinge des Handwerks ihre Fortbildungsschulausbildung in einer gewerblichen Schule finden und diese Handwerkslehrlinge alsdann von der Verpflichtung zum Besuch der allgemeinen Fortbildungsschule befreit sind. 2. Die Innungs- oder die anderen gewerblichen Fach- und Fortbildungsschulen bleiben nach wie vor dem Königlichen Ministerium des Innern unterstellt."

Den Bericht über das Submissions-Amt erstattete Geschäftsführer Bartsch-Leipzig. Auch hier konnte festgestellt werden, daß es in befriedigender Weise vorwärts geht. Mit den Lieferungsverbänden, die das Handwerk zur Uebernahme großer Arbeiten wieder befähigen sollen, macht das Submissions-Amt verhältnismäßig gute Erfahrungen. Nach längerer Aussprache dankte man dem Submissions-Amte für seine segensreiche Tätigkeit im Interesse des Handwerks. Als Zeitpunkt für den nächsten Sächsischen Mittelstandstag, der bekanntlich in Freiberg stattfindet, wurde der 24. und 25. August bestimmt. In einer sich an die Tagung anschließenden Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes wurde Herr Ahrends als Beamter des Submissions-Amtes bestätigt.

— **Die politische Lage und der Einfluß des Zentrums** lautete das Thema, über das Landtagsabgeordneter Rechtsanwalt Zöphel-Leipzig vorgestern abend im Saale von Hollacks Etablissement an der Königsbrücker Straße sprach. Der nationalliberale Reichsverein hatte die Versammlung einberufen, die gut besucht war. Kurz vor 9 Uhr eröffnete Dr. med Baron die Versammlung mit dem Bemerken, daß der für den Vortrag gewonnene Redner, der Syndikus des Verbandes Sächsischer Industrieller, Dr. Stresemann, leider krank und bettlägerig geworden sei (Bewegung), daß aber Rechtsanwalt Zöphel sich bereit gefunden habe, einen Vortrag über das gleiche Thema zu halten. (Bravo!) Rechtsanwalt Zöphel bezeichnete als die Feinde des Deutschen Reiches den Partikularismus und das Zentrum. Die Verkörperung des deutschen Einheitsgedankens sei der Reichstag. Eine Rückentwicklung dieses deutschen Einheitsgedankens sei seit jener verhängnisvollen Stunde zu bemerken, als Bismarck die Nationalliberalen verließ und das Zentrum und die Konservativen sich zu Verbündeten erkor. Als Bülow sich vor sechs Jahren um Hilfe an das deutsche Volk wandte, es solle ihn vom Zwange des Zentrums befreien, da appellierte er nicht vergeblich an das deutsche Nationalbewußtsein. Der Vortragende kam in seiner Rede, der natürlich das Improvisierte anhaftete, ausführlich auf die Reichsfinanzreform zu sprechen, wobei er den Konservativen mit Ausnahme der sächsischen, die sich wacker gehalten hätten, die Schuld in die Schuhe schob. In Preußen herrsche der Adel, in Bayern die katholische Kirche. Diese beiden Mächte wollten dem deutschen Volke ihren partikularistischen Willen aufzwingen. Aus Groll über die Nachgiebigkeit der Regierung gegenüber den Konservativen und dem Zentrum habe das deutsche Volk 110 Sozialdemokraten gewählt. Dadurch sei Zentrum wieder Trumpf geworden. (Bravo links, wo anscheinend die Zentrumsanhänger in beträchtlicher Zahl erschienen waren. Große Heiterkeit.) Auch aus der Stellung des Zentrums zur Duellfrage gehe die Stärke des Zentrums hervor. Das Zentrum treibe den von ihm beliebten Kuhhandel; es bewillige die Wehrvorlage nur, wenn sich der Kaiser in der Duellfrage dem Zentrum beuge. Auf die Frage: Können wir mit dem Zentrum paktieren? könne der Nationalliberalismus nur mit Nein antworten. Der Redner schloß seine einstündigen Ausführungen mit dem Wunsche, daß der deutsche Kaisergedanke in alle Zeit unberührt bleiben müsse, trotz allem Partikularismus und trotz aller Zentrumsmacht. (Lebhafter Beifall.) Zur Debatte erfolgte keine Wortmeldung. Nur eine schriftliche Anfrage ging ein, warum Preußen seine Gesandten am Vatikan nicht abberufe. Der Redner stellte sich auf den Standpunkt, daß es am besten sei, wenn dieser preußische Gesandtenposten eingezogen werde. Dr. med. Baron schloß mit Dankesworten die Versammlung.

— **Die Gewerbekammer Dresden** hielt gestern vormittag eine öffentliche Sitzung im Gartengebäude Ostra-Allee 27 ab. Der Vorsitzende Kammerrat Schröer wies die neugewählten außerordentlichen Kammermitglieder Malerobermeister Stadtrat Graveuhorst-Großenhain und Schneiderobermeister Schreppel-Dresden in ihre Aemter ein. Nach dem Vortrag der seit der letzten Gesamtsitzung eingegangenen Sachen prüfte die Kammer die Jahresrechnungen auf 1911 und sprach sie richtig. Am 1. Januar 1911 verfügte die Kammer über einen Vermögensbestand von rund 86 084 Mk.; im Jahre 1911 betrugen die Einnahmen 83 045 Mk., während die Ausgaben 67 585 Mk. erforderten, mithin verblieb zum Jahresschlusse ein Bestand von 101 544 Mk. Die sogenannte 3000-Mk.-Spende wies am 1. Januar 1911 einen Vermögensbestand von rund 438 Mk. auf. Die Einnahmen im Jahre 1911 beliefen sich auf 3065 Mk., während an Ausgaben 2216 Mk. erforderlich waren. Hiernach verblieb am 31. Dezember 1911 ein Bestand von 1287 Mk. Die Kammerausschüsse auf das Geschäftsjahr 1912 wurden wiedergewählt; darnach verabschiedete man den ersten Teil des Jahresberichts auf 1911. Zuletzt beriet man über das Gesuch des Gaues Sachsen im Verbande der Rabattsparvereine Deutschlands auf Schaffung von Kleinhandelskammern in Sachsen. Das Referat erstatteten Stadtrat Stirl-Siebenlehn und Syndikus Dr. Kluge. (Derselbe Punkt beschäftigte, wie von uns berichtet, kürzlich die Dresdner Handelskammer, die das Gesuch einstimmig ablehnte.) Die Kammer beschloß gegen 2 Stimmen, auf die Eingabe des Gaues folgendes zu erwidern: „Eine Aenderung der Bestimmungen über die Vertretung der Kleinhändler in den Gewerbekammern erscheint zurzeit weder zweckmäßig noch notwendig. Eine Besserung in der Vertretung der Kleinhändler ist bereits durch die Errichtung von Kleinhandelsaus-